Letztes Gefecht?

WOLFGANG STORZ über einen Kampf der JournalistInnen in Deutschland

Auf den ersten Blick sieht es aus wie eine Demonstration der Macht, und doch ist es nur eine verzweifelte Gegenwehr: Die deutschen Gewerkschaften rufen die rund 14000 TageszeitungsjournalistInnen des Landes zum Streik auf. Es wird aber nicht so sehr ein Streik für etwas sein – etwa für bessere materielle Bedingungen oder für mehr Arbeitsplätze. Zwar fordert die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union offiziell vier Prozent mehr Gehalt, doch vor allem wird es ein Streik gegen etwas sein: nämlich gegen die frechen Zumutungen der Verleger, die einen Berufsstand materiell und mental endgültig degradieren wollen.

Die Vorstellungen der Verleger: je 200 Euro Einmalzahlung für 2011 und 2012, für 2013 eine winzige Gehaltserhöhung um 1,5 Prozent, was Reallohnverluste bedeutet; Verschlechterung der Altersversorgung, längere Arbeitszeiten, kein Urlaubsgeld mehr, schlechtere Bedingungen für die jungen JournalistInnen und BerufsanfängerInnen. Bisher erhalten BerufsanfängerInnen, nach Studium und Volontariat, im ersten Jahr knapp 3000 Euro brutto im Monat. Künftig sollen sie nach Verlegerwunsch im ersten Berufsjahr knapp 2700 verdienen, im siebten Jahr dann 3100 Euro.

Um die Tragweite der Auseinandersetzung zu verstehen, müssen wir zurückschauen: Seit zehn bis fünfzehn Jahren werden die Löhne kaum erhöht, Zulagen gestrichen, Stellen gestrichen, die prekären unsicheren Jobs ausgebaut, das Zeilenhonorar reduziert, Redaktionen zusammengelegt – zuletzt wurde die «Frankfurter Rundschau» vom Verlag Neven-DuMont so zusammengestrichen, dass sie ohne eigene Chefredaktion und eigenständigen überregionalen Teil nur noch als publizistischer Torso vegetiert. Und viele Verlage nutzen alle Möglichkeiten zur sogenannten Tarifflucht, das heisst, sie unterlaufen die Tarifverträge und machen, was sie wollen.

Die Entwicklung kennt also – unter dem Druck von Auflagen- sowie Anzeigenschwund und der Renditeerwartungen der Verlage – nur eine Richtung: bergab. Das zermürbt die Betroffenen, macht Solidarität zur Ausnahme, nimmt Hoffnung, Selbstvertrauen und Motivation. Trotzdem: Mehrere Tausend Journalistinnen und Journalisten haben sich bisher an öffentlichen Protesten und kurzen Streiks beteiligt.

Für flächendeckende Streiks wird die Kraft jedoch nicht reichen: Das Zentrum der Streiks wird vermutlich in Baden-Württemberg liegen. Nach der ganzen Vorgeschichte verwundert es schon, was die oft genug zerstrittenen, aber von der Krise zusammengeschweissten Gewerkschaften noch an Gegenwehr auf die Beine bringen. Eine Gegenwehr, die alle Unterstützung verdient hat – und nicht bekommt.

Der Tageszeitungsjournalismus bildet das Herzstück der öffentlichen Kommunikation auch in Deutschland. Auf ihn muss sich eine Bevölkerung verlassen können. Darauf, dass sie von ihm mit brauchbaren Nachrichten, fundierten Meinungen und realitätstüchtigen Deutungen verlässlich versorgt wird. Bereits unter den heutigen Bedingungen ist dies kaum mehr möglich. Und schon heute ist die Schwäche des Journalismus die Stärke der PR- und ÖffentlichkeitsarbeiterInnen. Setzen sich die Verleger durch, dann können wir Ansprüche wie die oben formulierten bald ganz beerdigen.

Insofern führen diese JournalistInnen, die sich wehren, einen Kampf für ihre eigenen Belange – und zugleich für die der Öffentlichkeit.

Wolfgang Storz ist Journalist in Offenbach und hat zusammen mit Hans-Jürgen Arlt kürzlich eine Studie zur deutschen «Bild»-Zeitung publiziert. www.bild-studie.de